

STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (07/FiP/2012)

am 09.07.2012

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 18.06.2012
0254/2012/1.1
7. Strategische Haushaltskonsolidierung;
Vortrag durch Herrn Dirk Greskowiak, Leiter des Geschäftsbereichs Beratung der KGSt
8. Kreditaufnahme 2012
0258/2012/1.1
9. Dringlichkeitsanträge
10. Anfragen
11. Wünsche und Anregungen
12. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.01 Uhr die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Ratsfrau Albers vertritt die Beigeordnete Kolbe, Ratsherr Placke die Ratsfrau van Gerpen und Ratsfrau Behnke die Beigeordnete Feldmann.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die mit Schreiben vom 26.06.2012 bekannt gegebene Tagesordnung wird vom Finanz- und Personalausschuss einstimmig festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen sind nicht bekannt zu geben.

zu 5 Bekanntgaben

Keine

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 18.06.2012
0254/2012/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt über die Genehmigung des Protokolls.

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	6
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

**zu 7 Strategische Haushaltskonsolidierung;
Vortrag durch Herrn Dirk Greskowiak, Leiter des Geschäftsbereichs Beratung der KGSt**

Vorsitzender Wimberg erklärt, dass die Stadt Norden handlungsfähig bleiben wolle. Deshalb wolle Politik und Verwaltung eine strategische Haushaltskonsolidierung betreiben. Zu diesem Thema habe man auf Vorschlag von Bürgermeisterin Schlag sich einen Experten eingeladen.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass sie Herrn Greskowiak in ihrer Funktion als Verwaltungsratsmitglied der KGSt kennengelernt habe, als er dort etwas über strategische Haushaltskonsolidierung erzählt habe. Der Vortrag solle helfen, die Politik im Vorfeld der Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 im Dezember dieses Jahres für eine strategische Haushaltskonsolidierung zu gewinnen.

Herr Greskowiak, Leiter des Geschäftsbereichs Beratung der KGSt, beginnt um 17.06 Uhr seine Power-Point-Präsentation (Anlage zum Protokoll).

Zunächst fragt er ein Stimmungsbild bei den anwesenden Ratsfrauen und Ratsherren und der Verwaltung ab zu folgenden Fragen:

Glauben Sie, dass man einen kommunalen Haushalt konsolidieren kann?

Ist es erforderlich, den Haushalt der Stadt Norden zu konsolidieren?

Sind sie persönlich bereit, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu beschließen?

Alle Fragen werden einhellig mit „JA“ beantwortet.

Alle Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung seien unangenehm, da man immer irgendjemanden damit treffe, z.B. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, die Vereine und Verbände etc.. Haushaltskonsolidierung sei nicht dazu geeignet, Wahlkampf damit zu betreiben.

Wenn die Politik bei sich selbst anfangen, müsse sie sich ernsthaft fragen, ob sie schon mal darüber nachgedacht habe, die Anzahl der Ausschüsse zu reduzieren, die Zahl der Ausschussmitglieder zu reduzieren, die Höhe der Sitzungsgelder zu reduzieren.

Schwierig sei Haushaltskonsolidierung dann, wenn z.B. nur den Bürgerinnen und Bürgern etwas zugemutet werde, selbst aber kein eigener Beitrag zur Haushaltskonsolidierung eingebracht werde.

Wenn das strukturelle Defizit 2012 der Stadt Norden von 2 Millionen Euro künftig reduziert werden soll, seien einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung seien:

Einnahmen/Erlöse zu erhöhen und Ausgaben/Kosten zu reduzieren.

Am besten sei es, wenn man beides mache. Beispielsweise gäbe es Luft nach oben bei den Steuersätzen (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer), den Eintrittspreisen, den Parkgebühren. Auch über Parkraumaufweitungen sollte man nachdenken. Denkbar sei es beispielsweise auch, in einem Warmbad die Temperatur um einen Grad abzusenken, um damit Energiekosten zu sparen. Intern seien zu nennen, die Optimierung von Geschäftsprozessen, die Verringerung der Organisationseinheiten, die Ausweitung der intra- und interkommunalen Zusammenarbeit, z.B. mit den Stadtwerken bzw. anderen Kommunen, die Reduzierung von Standards. Auch müsste darüber nachgedacht werden, ob das bürgerschaftliche Engagement erhöht werden könne. Regelmäßig sollte man bei Investitionen die Fördermittel und die Folgekosten der Investition genau überdenken. Man sollte darüber nachdenken, wie man Dritte überhaupt fördert, direkt oder indirekt (z.B. kostenlose Nutzung von Sportanlagen an die Vereine).

Haushaltskonsolidierung müsse strategisch ausgerichtet sein. Das größte Problem bei der Haushaltskonsolidierung sei, dass Politiker nicht konsequent entscheiden.

Um sich das erforderliche Ausmaß von Haushaltskonsolidierung vorzustellen, müsse man sich die Verschuldung pro Einwohner (1.150 Euro) bzw. die Zinslast pro Einwohner/pro Jahr (22 Euro) und das strukturelle Defizit (2 Mio. jährlich) vor Augen führen.

Wichtig sei auch die prognostizierte demografische Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen in Norden. Wenn eine Stadt auf die Zielgruppe „Junge Familien mit Kindern“ im Sinne von Zukunftssicherung setze, müsse man sich darüber im Klaren sein, dass gerade für diese Ziel-

gruppe Leistungen wie Kitas, Schulen, Spielplätze, Bolzplätze vorgehalten werden müssten, die hoch defizitär seien. Die Stadt Weimar fahre die Strategie, die Zielgruppe des sogenannten Bildungsbürgertums anzulocken.

Es gebe keinen Mangel an Instrumenten, Techniken und Methoden, wie man an Haushaltskonsolidierungsvorschläge komme. Auch gebe es keinen Mangel an Vorgehensmodellen.

Den Entscheidern fehle regelmäßig ein Maßstab, an dem sie prüfen könnten, ob der Konsolidierungsvorschlag sinnvoll sei oder nicht. Die Stadt Norden verfüge bereits über eine gute Basis mit dem Stadtleitbild. Mit diesem Stadtleitbild würden alle Aktivitäten erfasst. Das Stadtleitbild bilde eine hervorragende Grundlage, es fehlten nur die Prioritäten (Vor- und Nachrangigkeiten).

Er empfehle, alle möglichen und rechtlich zulässigen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeiten zu lassen. Dann müsse geprüft werden, ob die Vorschläge kompatibel seien mit den strategischen Zielen.

Der Rat müsse sich fraktions- und gruppenübergreifend überlegen, welchen strategischen Weg man gehen wolle. Es gehe bei Haushaltskonsolidierung nicht darum, sich kaputt zu sparen.

Auch müsse man sich die Alleinstellungsmerkmale der Stadt Norden vergegenwärtigen, womit man gegenüber anderen Kommunen punkten könne.

Die größten Einnahmeblöcke bildeten regelmäßig die Gewerbesteuereinnahmen und die Anteile an der Einkommenssteuer.

Er kenne 95 % aller Konsolidierungsvorschläge in Deutschland. Es gebe eine Liste von 700 erprobten Konsolidierungsvorschlägen. Diese stehe im Internet.

Prüfen müsse man auch, ob alle in der Vergangenheit entwickelten Konsolidierungsvorschläge bereits umgesetzt seien.

Schlicht unsinnig sei es, zu behaupten, dass die Haushaltsprobleme der Kommune nur den Aktivitäten des Landes geschuldet seien. Auch seien für Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht nur die Hauptverwaltungsbeamten und der Kämmerer zuständig. Er meine, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung einen Anteil an Haushaltskonsolidierung zu leisten hätten. Der Rat müsse schließlich über die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen entscheiden. Niemals sollte über einen einzelnen Haushaltskonsolidierungsvorschlag entschieden werden. Er rate dazu, alle Vorschläge zu beraten und dann in einem Paket bzw. einem Bündel von Maßnahmen zu entscheiden. Am besten seien nebeneinander gepackte Pakete zu den Zielgruppen „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, „Bürgerinnen und Bürger“ und „Ratsfrauen und Ratsherren“.

Er empfehle dringend eine strategische Zielplanung. Dabei sollten nicht 35 Ziele formuliert werden, sondern nur 2 oder 3. Die anderen Ziele seien nachrangig. Dazu empfehle er eine ABC-Analyse mit 10 % A-Zielen, 30 % B-Zielen und 60 % C-Zielen. Er rate dringend dazu, alle Bereiche der Verwaltung zu betrachten, gleichwohl müssten den bereits in der Vergangenheit von einzelnen Bereichen geleisteten unterschiedlichen Leistungen zur Haushaltskonsolidierung besonders Rechnung getragen werden. Das Rasenmäher-Prinzip sei ungerecht und funktioniere nicht, da damit diejenigen besonders getroffen werden, die in der Vergangenheit bereits besondere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung geleistet hätten.

Unbedingt müssten die Konsolidierungsvorschläge nach dem Ressourcenverbrauch untersucht werden. Ressourcen seien mehr als nur Finanzen. Ressourcen seien auch Stellen, Raum- und Gebäudenutzung. Welche Zielgruppen von jedem einzelnen Konsolidierungsvorschlag betroffen sind, müsse man genauso im Blick haben, wie die Ergebnisse, die man erzielen wolle. Auch

dürfe die Qualität und die Nachhaltigkeit des Handelns nicht außer Acht gelassen werden.

Klug wäre es ggf., eine monetäre Zielvorgabe zu machen, beispielsweise 1 Mio. Euro im nächsten Jahr zu sparen.

Strategische Zielplanung müsse anschlussfähig an bisherige Erfolge sein. Man müsse genau überlegen, was sich bewährt habe und wo man Erfolge habe. Strategische Zielplanung müsse basieren auf belastbare Daten und Fakten.

Überlegen müsse man sich auch, wie sich die demografische Entwicklung auswirke. Alle Handlungsfelder müssten einbezogen werden. Die Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern müssten sichergestellt werden. Hätte man z.B. die Zielgruppe „ältere Bürger mit gutem Einkommen“, müsste man u.a. darauf achten, dass die richtigen Wohngebiete ausgewiesen werden, der ÖPNV und die ärztliche Versorgung entsprechend vorhanden seien. Sicher gestellt werden müsse, dass alle in der Verwaltung und in der Politik die großen strategischen Ziele mittragen.

Wichtig sei es, die Konsolidierungsvorschläge in ihren finanziellen Auswirkungen vorsichtig zu kalkulieren.

Strategieentwicklung und Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung seien keine basisdemokratischen Prozesse, da die Entscheidung über die Haushaltskonsolidierung ausschließlich der Rat treffe.

Bürgerhaushalte aufzustellen, davon rate er dringend ab, weil die Bürgerinnen und Bürger immer nur für die Bereiche Vorschläge machten, die sie selbst nicht betreffen. Der Rat sei aber für alles zuständig und er müsse entscheiden.

Der Prozess zur Haushaltskonsolidierung müsse transparent innerhalb eines halben bis dreiviertel Jahres abgeschlossen sein.

Herr Greskowiak beendet um 18.00 Uhr seine Präsentation.

Vorsitzender Wimberg fasst zusammen, dass ihm die Strukturiertheit der Vorgehensweise gefalle. Die Stadt sei den strategischen Weg in der Vergangenheit bereits gegangen. Bevor man in die Beratung einsteige, müsse man sich bestimmte Dinge, wie z.B. das Herunterbrechen des Leitbildes, Paketlösungen als Konsenslösungen, vergegenwärtigen.

Ratsherr Julius (CDU) erklärt, dass in der Vergangenheit im Rahmen der Arbeitsgruppe Zukunftssicherung Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung erarbeitet worden seien. Nicht gelungen sei es seiner Meinung nach, die Personalkosten der Stadt, die jeden Monat mit 1 Mio. Euro zu Buche schlagen, zu senken, obgleich andere Städte mit vergleichbaren Einwohnerzahlen niedrigere Personalkosten hätten. Er wünsche sich, dass jetzt alle Sparvorschläge auf den Tisch kommen.

Ratsherr Lütkehus (ZOB) bittet zu überlegen, ob insbesondere bei den Personalkosten Auslagerungen nicht teurer werden, als flexible Inhouse-Lösungen.

Die Bürgermeisterin antwortet auf den Wortbeitrag des Ratsherrn Julius, dass innerhalb der letzten 15 Jahre 40-50 Stellen in der Stadtverwaltung abgebaut worden seien. Über zwei Kontrakte – sechs Jahr lang – habe sich die Stadt verpflichtet, die Personalkosten stabil zu halten, trotz Tarifierhöhungen und Aufgabenvermehrungen. Es werde nicht mit zu viel Personal gearbeitet, sondern die Verwaltung arbeite im Rahmen eines von der Politik zugewiesenen Budgets mit verlässlichen Personalkosten.

Herr Greskowiak erklärt, die Frage des Ratsherr Julius zu den Personalkosten, so nicht beantwort-

ten zu können, weil man im Vergleich zu anderen Städte nicht wisse, ob z.B. Aufgaben ausgelagert sind (Stadtentwässerung) oder selbst wahrgenommen werden (Reinigung). Er warne dringend davor, solche Vergleiche zu bemühen. Um beurteilen zu können, ob die Stadtverwaltung über zu viel, genau richtig oder zu wenig Stellen verfüge, müsse eine Stellenbemessung durchgeführt werden. Die Politik müsse sich darüber im Klaren sein, dass sie die Verwaltung input-orientiert steuere, indem sie der Verwaltung bestimmte Budgetmittel zur Verfügung stelle. Das sei ein gangbarer Weg. Worüber man nachdenken könnte, sei, welche Aufgaben mit welchem Standard wahrgenommen werden.

Die Frage der Ratsfrau Behnke (SPD), ob ein papierloses Ratsinformationssystem mit zur Verfügung gestellten I-Pad oder Laptop zur Haushaltskonsolidierung geeignet sei, antwortet Herr Greskowiak, dass dies genau durchgerechnet werden müsste.

Ratsfrau Albers (Bündnis 90/Die Grünen) findet die vorgeschlagene Vorgehensweise nachvollziehbar und gut. Es müssten alle möglichen Konsolidierungsmaßnahmen in ihrer Gesamtheit auf den Tisch. Die Zusammenfassung zu Paketen halte sie für richtig und eine transparente Beteiligung der Öffentlichkeit für notwendig. Auch müsse genau überlegt werden, welcher Standard künftiger Aufgabenerledigungen gewollt sei und finanziert werden könne.

Die Bürgermeisterin möchte wissen, ob mit einer transparenten Beteiligung der Öffentlichkeit gemeint sei, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen.

Ratsfrau Albers (Bündnis 90/Die Grünen) verneint die Frage und erklärt, dass nicht die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess gemeint sei, sondern sie eine transparente Darstellung des Prozesses in der Öffentlichkeit meine.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass Haushaltskonsolidierung mit den Zielvorstellungen des Stadtleitbildes nach festgelegten Prioritäten erfolgen müsse.

Vorsitzender Wimberg ergänzt, dass es um strategische Haushaltskonsolidierung gehe. Das Stadtleitbild müsse herunter gebrochen werden und man dürfe sich nicht in Einzelmaßnahmen verlieren. In Anbetracht der knappen Zeitschiene für den Haushalt 2013 müssten kleine Paketlösungen geschaffen werden, um sich dann auf den Weg zu einer strategischen Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2014 zu begeben.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) erklärt, dass die Vorschläge in den Kontrakten noch einmal auf Ihre Umsetzung überprüft werden sollten. Bei der Frage der Auslagerung von Reinigungsdiensten, seien bis heute die einzelnen Kosten von der Verwaltung nicht dargestellt worden.

Herr Greskowiak erläutert, dass bei Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen im Bereich Personalkosten nur auf die natürliche Personalfuktuation gesetzt werden könne. Auslagerungen müsse man betriebswirtschaftlich durchrechnen, da die Stadt bei der Verlagerung auf Dritte regelmäßig Mehrwertsteuer bezahlen müsste.

Bei der Frage, wie man zu einer strategischen Zielplanung komme, müsse man sich fragen, was methodisch zu tun ist. Undenkbar sei es im Bezug auf den Haushalt 2013, in einem ¼ Jahr eine strategische Zielplanung und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu entwickeln.

Bei einem defizitären Haushalt müsse man seine strategische Zielplanung darauf ausrichten, seine Kosten zu reduzieren und seine Einnahmen zu erhöhen. Dann müsse man sich vergegenwärtigen, was man in den Bereichen „Jugend, Soziales, Schule, Kultur, Bauen, Wohnen, Verkehr, Recht und Sicherheit“, tun müsse. Hierfür benötige man Zeit. Wenn die KGSt beauftragt werde, dauere dieser Prozess in der Regel 12-16 Wochen, da Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden, ggf. dem Rat, den Hauptverwaltungsbeamten und den Führungskräften der Verwaltung geführt werden müssten. Auch könne man z.B. das Forum „Wirtschaft“, die Verbände, Institutionen und Vereine einbinden, um die Entwicklung der Stadt aus dieser Sicht darzustellen.

Bürgerinnen und Bürger in ein sogenanntes offenes Rathaus einzuladen, davon rate er dringend ab, da dies nicht zielführend sei.

Über die 700er-Liste könnten im verbleibenden ¼ Jahr einige Konsolidierungsvorschläge heraus gesucht werden. Eine strategische Zielplanung sei dies aber nicht. Begonnen werden müsste jetzt mit einer strategischen Zielplanung, allerdings würde sich diese aufgrund der zeitlichen Schiene nicht mehr auf den Haushalt 2013, sondern erst auf den Haushalt 2014 beziehen können.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Julius erklärt Vorsitzender Wimberg, dass die Verwaltung eine Papierfassung des Vortrages vor den Sommerferien jedem Ratsmitglied zur Verfügung stellen wird.

Fachbereichsleiter Harms weist in Bezug auf die bevorstehende Ferien- und Urlaubszeit als sitzungsfreie Zeit darauf hin, dass realistisch von September 2012 auszugehen sei, dass mit der Vorbereitung der strategischen Konsolidierung begonnen werden könnte. In der Dezember Sitzung des Rates solle der Haushalt 2013 verabschiedet werden. Er schlägt vor:

1. Verwaltung und Politik erarbeiten bis zum Beginn der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2013 gemeinsam ein Paket von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen („kleines Paket“).
2. Zu Beginn des Jahres 2013 werden verschiedene strategische Ziele unter Beachtung des Stadtleitbildes entwickelt und festgesetzt. Auf dieser Grundlage werden Konsolidierungsmaßnahmen erarbeitet und beschlossen, durch die das vorher festgesetzte Einsparungsziel erreicht wird. Diese Maßnahmen werden gebündelt bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2014 berücksichtigt.

Der Vorsitzende erklärt, hierüber zum Abschluss der Diskussion abstimmen zu lassen.

Fachbereichsleiter Harms führt weiter aus, dass bezüglich der angesprochenen Punkte „Zusammenarbeit“, „Abbau von Parallelstrukturen“ und „Personalabrechnung“ er für die Durchführung einer Stellenbemessung plädiere. Die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben funktioniere im Bereich des Baubetriebshofes hervorragend. Kurverwaltung und Stadtwerke hätten in diesem Bereich Personal abgebaut und der Baubetriebshof habe in den vergangenen Jahren stetig wachsende Aufträge von dort erhalten. Der Beschluss zu einer gemeinsamen Lohnbuchhaltung sei zunächst umgesetzt worden, allerdings aufgrund weiterer Optimierung bei den Wirtschaftsbetrieben mit der Erfassung von Lohnzeiten, die automatisch in die Lohnbuchhaltung einfließen, aus rein wirtschaftlichen Gründen (30.000 Euro Ersparnis bei den Wirtschaftsbetrieben) wieder beendet worden.

Zwar sei ein Immobiliennutzungskonzept beschlossen worden, von dem vieles umgesetzt wurde, allerdings sei es aufgrund der verschiedenen Nutzungen einiger Gebäude, u.a. durch Vereine etc., schwierig, das Immobiliennutzungskonzept vollständig umzusetzen.

Herr Greskowiak erklärt, dass er gute Erfahrungen damit gemacht habe, wenn man im Vorfeld einer strategischen Haushaltskonsolidierung mit der Kommunalaufsicht spreche.

Nachdem der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen lassen hat, verlässt Herr Greskowiak die Sitzung.

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

- 1. Verwaltung und Politik erarbeiten bis zum Beginn der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2013 gemeinsam ein Paket von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen („kleines Paket“).**
- 2. Zu Beginn des Jahres 2013 werden verschiedene strategische Ziele unter Beachtung des Stadtleitbildes entwickelt und festgesetzt. Auf dieser Grundlage werden Konsolidierungs-**

maßnahmen erarbeitet und beschlossen, durch die das vorher festgesetzte Einsparungsziel erreicht wird. Diese Maßnahmen werden gebündelt bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2014 berücksichtigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 8 Kreditaufnahme 2012
0258/2012/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Die Haushaltssatzung der Stadt Norden für das Jahr 2012, die am 13.06.2012 von der Aufsichtsbehörde des Landkreises Aurich genehmigt wurde, sieht in § 2 eine Kreditaufnahme vom Kreditmarkt zur Mitfinanzierung des Finanzhaushalts 2012 (Investitionen) in Höhe von 1.775.600 Euro vor.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass es hier um die Ermächtigung gehe, den im Haushalt veranschlagten Kredit auch aufnehmen zu dürfen. Ob tatsächlich ein Kredit benötigte werde, könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) entgegnet, dass bisher noch nicht einmal Kredite für 2011 aufgenommen worden seien. Ihm fehle noch eine Antwort auf die Kreditermächtigung für das Jahr 2010.

Fachdienstleiter Wiards antwortet, dass die Kreditermächtigung für das Jahr 2010 in das Jahr 2011 übertragen und Kredite in Höhe von 776,600 Euro dann auch aufgenommen worden seien. Der Kreditbetrag für 2011 in Höhe von 1.115.800 Euro sei nach 2012 übertragen worden, allerdings sei aufgrund dieser Ermächtigung noch kein Kredit aufgenommen worden.

Fachbereichsleiter Harms ergänzt, dass es im Moment keinen Kreditbedarf gebe, hiermit der Verwaltung nur die Ermächtigung eingeräumt werde, entsprechend tätig werden zu dürfen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) erklärt, dass ihm nicht bewusst sei, dass die Ermächtigung für das Jahr 2011 schon erteilt worden sei. Diesen Beschluss solle die Verwaltung ihm bitte vorlegen.

Redaktioneller Hinweis:

Der Beschluss über die Kreditaufnahme 2011 wurde Herrn Lütkehus am 10.07.2012 per e-Mail übersandt.

Ratsfrau Albers (Bündnis 90/Die Grünen) ist nicht klar, warum die Kreditermächtigung jetzt gegeben werden solle und warum man nicht noch warte.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass eine Beschlussfassung erst in der Ratssitzung im September erfolge und der nächste Rat erst im Dezember tage. Bei weiterem Warten könnte es passieren, dass die Verwaltung kurzfristig nicht handeln könne.

Ratsherr Julius möchte wissen, ob und ggf. wofür die 1,7 Mio. Euro in diesem Jahr benötigt werden und Ratsherr Lütkehus möchte wissen, warum jetzt schon ein Vorratsbeschluss für 2012 gefasst werden solle.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass es sich nicht um eine konkrete Kreditaufnahme handelt. Der Finanzhaushalt müsse finanziert werden – teilweise über Kredite. Für im Haushalt veranschlagte beschlossene Kredite benötige man eine Einzelermächtigung.

Ratsherr Glumm (CDU) fragt, ob es richtig ist, dass mit einem solchen Beschluss der Kreditbedarf

von 1,1 Mio. Euro für 2011 auf insgesamt 2,8 Mio. Euro erhöht werde.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass es einmal um Finanzierungen für Investitionen aus dem Haushalt 2011 gehe, die zum Teil noch nicht abgearbeitet seien und zum anderen handle es sich um Finanzierungen für Investitionen aus dem Haushalt 2012. In den sogenannten Soll-Ist-Vergleichen werde der Politik regelmäßig erläutert, wie der Ausführungsstand bestimmter Maßnahmen sei.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt:

Der Aufnahme eines Kredits zur Teilfinanzierung von Investitionen im Finanzhaushalt (investiver Teil) 2012 unter den nachfolgenden Bedingungen wird zugestimmt.

Gesamthöchstbetrag des Kredits: 1.775.600 Euro
Höchstzinssatz: 6 %
Maximale Laufzeit: 30 Jahre

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, im Rahmen der o. g. Höchstgrenzen einen Darlehensvertrag abzuschließen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	4
	Nein-Stimmen:	5
	Enthaltungen:	0

zu 9 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 10 Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

zu 11 Wünsche und Anregungen

Wünsche und Anregungen wurden nicht geäußert.

zu 12 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 18.37 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Wimberg-

-Schlag-

-Wilberts-